

Haushalts-Rede BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - 19. Dezember 2017

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

zunächst bedanke ich mich im Namen meiner Fraktion ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei und der Verwaltung für die vielen hilfreichen Erläuterungen im Haushalt sowie für die Beantwortung unserer Fragen im Vorfeld.

Der Haushalt 2018 - von SPD und dem Bürgermeister vorgestellt als der erste sozialdemokratische Haushalt - eine Mogelpackung?

Ja, es ist ein ausgeglichener Haushalt - doch warum?

Durch die vorläufige Haushaltsführung in 2017 wurden viele Dinge nicht gemacht, durften nicht gemacht werden, liegen auf Eis und werden uns unweigerlich einholen.

In den Haushaltsentwurf wurden zur Verbesserung der finanziellen Lage zunächst Dinge eingerechnet, die weder abschließend besprochen, geschweige denn beschlossen waren. Dinge, die dann während der Haushaltsberatung auch als nicht durchsetzbar / nicht erreichbar erklärt wurden.

So wurde im Vorfeld z.B. ein Verkauf des Dorfgemeinschaftshauses Rod am Berg eingeplant - dieser hat sich wohl zerschlagen. Genauere Informationen was hier genau geplant war, liegen uns Stadtverordneten leider nicht vor.

Auch eine Übernahme aller Sportstätten durch die Sportvereine war eingeplant, ohne dass die Verhandlungen mit den Vereinen abgeschlossen waren. Erst in den Haushaltsberatungen wurde uns Stadtverordneten dann mitgeteilt, dass eben nicht alle Sportstätten von Vereinen übernommen werden.

Hier wurde eine Informationspolitik betrieben, die keine ist.

Wir GRÜNEN können zwar vielen Positionen im Haushaltsentwurf zustimmen, einigen aber nicht.

Nicht zustimmen werden wir z.B. einer 10 %-Reduzierung der Vorbereitungszeiten für Erzieherinnen und Erzieher, um hier Personal einzusparen.

Ja, die Kosten für die Kinderbetreuung sind nach wie vor der größte Ausgabe-Posten für die Stadt Neu-Anspach.

Aber eine quantitativ und vor allem qualitativ gute Kinderbetreuung war über sehr viele Jahre der politische Wille aller und ist auch heute noch unser politischer Wille.

Die Qualität der Betreuung ihrer Kinder war - und ist auch für die Eltern sehr wichtig. Sie haben uns gegenüber immer wieder geäußert, hierfür lieber etwas mehr zu bezahlen als Abstriche zu machen.

Um von den hohen Kosten für das Personal wegzukommen, wurde jetzt mehrheitlich eine Reduzierung der Vorbereitungszeiten für die Erzieherinnen und Erzieher beschlossen.

Wir GRÜNEN sehen dies kritisch. Besonders in Bezug auf die Aufrechterhaltung der guten Qualität, die über viele Jahre ein wichtiges Kriterium in Neu-Anspach war.

Der Bürgermeister hatte im Kita-Arbeitskreis herausgestellt, dass die Reduzierung der Vorbereitungszeiten ein längerfristiger Prozess von ca. 2 Jahren sein würde. Die entsprechende Personalreduzierung sollte durch natürliche Fluktuation erreicht werden.

Jetzt ist es aber so, dass die laufenden Stellenausschreibungen für Erzieherinnen und Erzieher bereits gestoppt wurden - obwohl sowieso nicht alle Stellen besetzt sind.

Faktisch ist die Kürzung der Vorbereitungszeit also bereits ab 1. Januar 2018 umgesetzt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kitas werden damit kurzfristig vor vollendete Tatsachen gestellt und haben keine Chance, sich in angemessener Zeit vorzubereiten und damit umzugehen. Hilfe suchend wendeten sie sich auch an den Magistrat. Leider ohne Erfolg.

Es wurde argumentiert, man wolle mit der Reduzierung der Vorbereitungszeit eine erneute Gebührenerhöhung für die Eltern vermeiden.

Die Gebühren stehen aber erst wieder nächstes Jahr zur Diskussion. Im Zusammenhang mit der Gebührenfreistellung für die Eltern für 6 Stunden im Kindergartenbereich. Und zusammen mit der Diskussion um eventuell zu verändernde Öffnungszeiten.

Die Entscheidung, die Reduzierung der Vorbereitungszeit zum jetzigen Zeitpunkt zu beschließen, schönt nur den aktuellen Haushalt und geht an der Realität vorbei.

Einen Nachtragshaushalt hat der Bürgermeister ja praktisch schon in einem Beitrag der Hessenschau vom 14. Dezember 2017 zum Thema Kita-Gebühren angekündigt.

Ebenfalls nicht zustimmen werden wir einem Zuschuss von 25.000,00 EUR zur provisorischen Wiederherichtung der Gaststätte am Waldschwimmbad.

Aus guten Gründen war beschlossen worden, für das alte marode Gebäude kein Geld mehr in die Hand zu nehmen. Jetzt wird hier doch wieder Geld ausgegeben und das nicht für die Allgemeinheit, sondern um die Interessen einiger Weniger zu befriedigen.

Ich betone hier noch einmal ausdrücklich, dass wir GRÜNEN für den Erhalt des Waldschwimmbades sind und weise Vorwürfe, die in eine andere Richtung gehen, entschieden zurück.

Wenn es darum ging, finanzielle Mittel für Renovierungsarbeiten bereitzustellen, haben wir uns in der jüngeren Vergangenheit immer dafür ausgesprochen.

Wir sehen aber nicht die Notwendigkeit einer Gaststätte, um einen Schwimmbadbetrieb zu gewährleisten.

Die hauptsächlichen Nutzer des Waldschwimmbads sind Mütter / Väter / Familien mit Kindern, Jugendliche und die Senioren. Diese präsentieren auch hauptsächlich die Gruppe der Frühschwimmer.

Wir sehen nicht, dass dieser Personenkreis eine eventuell vorhandene Gaststätte besucht. Dies bestätigen auch die Aussagen uns gegenüber von Schwimmbadbesuchern.

Eine Grundversorgung mit Getränken, Süßigkeiten und evtl. Pommes oder Würstchen - also den klassischen Kioskprodukten - ist hier vollkommen ausreichend.

Von verschiedenen Behörden gab es Auflagen. Mindestanforderungen, die erfüllt werden müssen, um die Gaststätte soweit wieder herzurichten, dass sie erneut als solche genutzt werden kann.

Eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern wollte im eigenen Interesse und in Eigeninitiative dafür sorgen, dass die Gaststätte soweit wieder hergerichtet werden kann, damit alle Auflagen von Gesundheitsamt und Brandschutz erfüllt werden.

Jetzt soll die Stadt doch einen Teil der Finanzierung übernehmen.

Besonders befremdlich dabei ist, dass sich gerade Leute dafür einsetzen, die noch vor kurzem in der Stadtverordnetenversammlung gesagt haben, dass die Stadt doch ein negatives Eigenkapital habe.

Außerdem ist absehbar, dass die Nutzung der Gaststätte nicht von Dauer sein wird. Das Gebäude selbst ist alt und in sehr schlechtem Zustand und es ist nur eine Frage der Zeit, wann hier weitere - größere - Maßnahmen notwendig werden.

Ein weiterer Punkt, dem wir nicht einfach zustimmen können, ist die Ausgabe von zunächst geschätzten 40.000,00 EUR für die Errichtung von festen Wegen auf dem Friedhof Rod am Berg, die während der Haushaltsklausur beantragt und mehrheitlich beschlossen wurde.

Der Friedhof Rod am Berg ist ein kleiner Friedhof, auf dem sich nur wenige Gräber befinden und auf dem auch nur noch wenige Beisetzungen stattfinden.

Der Friedhof ist als naturnaher Friedhof einmal extra so angelegt worden. Über viele Jahre war dies anscheinend auch für alle akzeptabel.

Dass die Pflege durch den Bauhof in der jüngeren Vergangenheit etwas weniger war, war auch den Einsparungen in diesem Bereich geschuldet. Doch hier haben im Laufe des Jahres drei sehr engagierte Jugendliche in ihrer Freizeit dafür gesorgt, dass die Friedhofswege auf Vordermann gebracht wurden.

Wir sehen selbstverständlich ein, dass für die laufende Pflege und Unterhaltung eines Friedhofs Geld zur Verfügung gestellt werden muss, aber hier jetzt gleich aus dem Vollen zu schöpfen?

Mit dem Betrag von 40.000,00 EUR wurde einfach eine Zahl in den Raum gestellt.

Ob dieser Betrag überhaupt ausreichend sein wird, ist nicht klar.

Warum hier nicht erst einmal eine Kostenschätzung gefordert und diese vor einer Entscheidung abgewartet wurde, ist uns unklar.

Wir GRÜNEN können nicht einfach einer fiktiven Ausgabe zustimmen, von der wir nicht wissen, ob sie realistisch ist oder nicht evtl. doch mehr finanzielle Mittel nötig wären.

Es werden jetzt schon wieder Geschenke verteilt,

- obwohl durch die vorläufige Haushaltsführung in 2017 in mehreren Bereichen ein Sanierungsstau entstand,
- obwohl wir ein Haushaltssicherungskonzept haben,
- obwohl wir unsere Altschulden abbauen müssen und
- obwohl wir vor allem verantwortungsvoll mit Geldern umgehen müssen, die wir eigentlich nicht haben.

In unseren Augen ist deshalb ein Nachtragshaushalt bereits vorprogrammiert.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Regina Schirner
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Fraktion Neu-Anspach

Redemanuskript - Es gilt das gesprochene Wort.